cicero.de vom 22.10.2026, 07:44:00

aussenpolitik

Der Terror reicht bis nach Deutschland

Mordpläne gegen jüdische Repräsentanten, Anschläge und Entführungen: Das iranische Regime exportiert seine Repression seit Jahrzehnten nach Europa. Der Westen hat die Gefahr lange verharmlost – nun wird sie zur unmittelbaren Bedrohung.

Wahied Wahdat-Hagh

Bundesaußenminister Johann Wadephul will konsequent gegen die terroristischen Anschlagspläne des Iran vorgehen. Anlass dafür gibt es in der Tat. Immerhin hat das Hanseatische Oberlandesgericht neulich zwei Afghanen zu langen Haftstrafen verurteilt, die im Auftrag der islamistischen Diktatur im Iran den Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, und den Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, töten sowie einen Anschlag auf einen koscheren Lebensmittelhandel in Berlin verüben wollten. Die geplanten Taten blieben im Vorbereitungsstadium. Bereits im Dezember 2023 hatte das Oberlandesgericht Düsseldorf einen Deutsch-Iraner verurteilt, der einen Brandsatz auf eine Bochumer Schule warf, nachdem er Angst bekommen hatte, dass sein ursprüngliches Ziel eines Brandanschlags auf die benachbarte Synagoge entdeckt werden könnte.

Es sind klassische Fälle der Transnationalen Repression (TNR), ein Begriff, der von der Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ im Jahr 2021 definiert worden ist. Damit wurden staatliche Machenschaften über die eigenen Staatsgrenzen hinweg beschrieben, die kritische Stimmen beispielsweise in Exilgemeinschaften zum Schweigen bringen sollen.

Die TNR begann nicht erst mit der Definition von Freedom House. Das „Abdorrahman Boroumand Center for Human Rights in Iran“ in Washington hat mehr als 540 Tötungen außerhalb Irans dokumentiert, die der Islamischen Republik Iran seit 1979 zugerechnet werden. Diese geschahen in den Jahren, als die Bundesregierung, um deutsche Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, den kritischen und konstruktiven Dialog übte. Und das Problem begann nicht erst mit dem Holocaustleugner Präsident Mahmud Ahmadinedschad. Schon die Linksislamisten, das Lager des späteren deutschen Hoffnungsträgers Mohammad Khatami, hatten seit Anfang 1982 die Terrororganisation Hisbollah finanziell und militärisch aufgebaut.

Deutschland hat lange Zeit weggesehen

Heute wissen wir auch, dass die Hamas ohne iranische Petrodollars nie zu einer so gefährlichen Terrororganisation geworden wäre. Präsident Rafsandschani, der wegen seiner Marktöffnungsstrategien gelobt wurde, wollte die westliche Technologie lediglich nutzen, um gegen den Westen zu kämpfen, und übte sich in Vernichtungsphantasien gegenüber Israel. Deutschland und Europa wollten auch wegschauen, als im Dezember 2015 der iranische Präsident Hassan Rohani seinen Verteidigungsminister anwies, die massenhafte Raketenproduktion als Reaktion auf drohende neue US-Sanktionen zu beschleunigen. Deutschland wollte seine Wirtschaftsinteressen nicht gefährden und machte gute Miene zum bösen Spiel.

Heute aber überwiegt das Sicherheitsrisiko die Marktinteressen. Immerhin wurden Menschen getötet, obwohl man manchmal den Staatsterrorismus nicht nachweisen konnte. Einige Beispiele:

16. Januar 1987, Hamburg: Ermordung von Ali Akbar Mohammadi, ein 36-jähriger iranischer Pilot, der zuvor als Pilot für Ali Akbar Hashemi Rafsanjani tätig gewesen und geflohen war.

1989, Wien: Ermordung von Abdul Rahman Ghassemlou, Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran (DPK-I).

6. August 1991, Suresnes bei Paris: Ermordung von Shapour Bakhtiar, der letzte Premierminister Irans unter Mohammad Reza Shah Pahlavi.

August 1992, Bonn: Mutmaßliche Ermordung von Fereydoun Farrokhzad, iranischer Künstler.

17. September 1992, Berlin: Mykonos-Attentat. Drei kurdische Sozialisten und ein Iraner werden ermordet.

1998 bestätigt der Bundegerichtshof das Urteil des Berliner Kammergerichts: Staatsterrorismus

.

2017, Istanbul: Der iranische Exilmedien-Unternehmer Saeed Karimian wird ermordet. Die EU bringt 2025 das mit dem iranischen Geheimdienst MOIS verbundene Zindashti-Netzwerk mit dem Mord in Verbindung.

2017: Das Berliner Kammergericht verurteilt einen pakistanischen Studenten, weil er u.a. den SPD-Politiker und zeitweiligen Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Reinhold Robbe, im Auftrag des iranischen Geheimdienstes ausspioniert hatte.

2018: Vereitelter Villepinte-Anschlag in Frankreich. Der in Wien stationierte iranische Diplomat Assadollah Assadi wird 2018 in Deutschland festgenommen, bekommt in Belgien 20 Jahre Haft und wird 2023 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen.

14. Oktober 2019, Paris: Entführung des Journalisten Ruhollah Zam. Er war von iranischen Revolutionsgarden nach Bagdad gelockt und anschließend in den Iran entführt worden. Im Dezember 2020 wird er hingerichtet.

Ende Juli 2020, Dubai: Der Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd wird verschleppt. Am 28. Oktober 2024 wird er hingerichtet.

2020–2021, USA: Ein Entführungsplan gegen Masih Alinejad wird von US-Behörden offengelegt.

15. Juli 2025: Die EU sanktioniert iranische TNR-Strukturen,

darunter das mit dem MOIS verbundene Zindashti-Netzwerk

, ein kurdisches Drogenhändler-Netzwerk, und mehrere seiner Mitglieder wegen grenzüberschreitender Repression und Morden an Dissidenten. Sanktioniert werden außerdem iranische Geheimdienstler (MOIS) und Revolutionsgarden.

Gezielte Bedrohung von Journalisten, Frauen und Bahá’í

Laut einer Studie des Institut Barcelona d’Estudis Internacionals (IBEI) reicht die geschlechtsspezifische Repression des iranischen Regimes weit über die Landesgrenzen hinaus und schafft auch in der Diaspora ein Klima der Einschüchterung und Unsicherheit, das insbesondere politisch aktive Frauen in ihrer gesellschaftlichen und politischen Betätigung einschränkt.

Mahvash Sabet ist eine iranische Dichterin, die noch in Haft ist, ehemalige Lehrerin und eines der sieben früheren Mitglieder des informellen Führungsgremiums der Bahá’í-Gemeinde im Iran. Sie erzählt in ihrem Buch, wie der Vernehmer droht, die Bahá’í International Community außerhalb Irans, konkret deren Büros bei den Vereinten Nationen in New York und Genf, zum Schweigen zu bringen. Besonders relevant ist die Aussage, man verfüge über Mittel im Ausland und könne durch das Bestechen bzw. Bezahlen anderer Personen diese dazu bringen, im iranischen Auftrag zu handeln.

Das iranische Regime bedroht eine Frau, die lediglich einen anderen Glauben hat, und schüchtert sie in Haft ein, damit sie über ihre Kontakte nach außen Drohungen mit Terroranschlägen gegen Institutionen ihres Glaubens weiterträgt. So missbraucht es die Inhaftierte als Druckmittel und zwingt sie, terroristische Drohungen zu übermitteln.

Y. war bereits mit 17 Jahren etwa zehn Tage in Einzelhaft, allein wegen ihres Glaubens an die Bahá’í-Religion. Mit 22 wurde sie zu zwei Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt, mit 30 schließlich zu zehn Jahren Gefängnis. Daraufhin floh sie aus dem Iran. Auch ihre Familie im Iran hat bereits Repressalien wegen ihres Glaubens erfahren. Y. fürchtet, dass ihr öffentliches Engagement ihre Angehörigen zusätzlich gefährden und dass die Familie verhaftet werden könnte. Trotzdem hält sie öffentlich Vorträge.

Ein anderer Bahá’í war im Iran insgesamt acht Jahre allein wegen seines Glaubens inhaftiert. Seit dem Krieg im Juni 2025 wurden seine Eltern und ein Onkel mehrfach vom Geheimdienst der Revolutionsgarden verhört. Dabei sollten sie dem heute 40-Jährigen ausrichten, die Behörden wüssten genau, wo er lebe. Sollte er sein Engagement nicht beenden, werde man ihn dort aufsuchen. Trotz dieser Drohungen will er seine Menschenrechtsarbeit fortsetzen. Die Angst begleitet ihn jedoch im Alltag. Unter anderem hat er seine Aktivitäten auf Instagram deutlich reduziert. Er übt Selbstzensur aus.

Flankiert wird diese Gewalt durch ihre Verharmlosung

Es ist eine Kombination aus Überwachung, Drohungen, Spyware, Druck, Cyberangriffen, Einschüchterung von Familienmitgliedern, die Angst erzeugt; von der Gefahr von Entführungen und sogar Mordanschlägen ganz zu schweigen. Es sei auch daran erinnert, dass Merz, Meloni und Macron auf eine iranische Todesliste gesetzt wurden. Diese wurde sogar in Hamshahri, der Zeitung der Teheraner Stadtverwaltung, veröffentlicht. Über Jahrzehnte wurde die Gewalt der islamistischen Diktatur relativiert und diejenigen, die Freiheit forderten, als Utopisten und Realitätsverweigerer diskreditiert.

Für autoritäre Einflussnahme ist es oft schon ein Gewinn, wenn Zweifel an der Brutalität des Regimes aufkommen. So lud die iranische Botschaft regelmäßig Journalisten zu Gesprächen bei Kebab und Saft ein. Die freundliche Annäherung sollte das Bild der Diktatur beschönigen und Vorbehalte gegen eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit abbauen. Die europäische Äquidistanz und Passivität änderte sich erst, als sich im militärischen Konflikt der Iran offen auf die Seite Russlands stellte.

Was ist die eigentliche TNR-Logik? Das iranische Regime exportiert seine Repression: durch eigene Kräfte wie Revolutionsgarden und Basidschi, in der Vergangenheit auch durch verbündete Milizen wie Hisbollah und Amal, heute zusätzlich durch kriminelle Netzwerke. Es will in westliche Demokratien hineinregieren, Menschen kontrollieren und Kritiker zum Schweigen bringen. Flankiert wird diese Gewalt durch ihre Verharmlosung. Iranische Botschaften und Verteidiger des

Regimes in Parteien, Wissenschaft und staatlichen Institutionen beschönigten dessen Brutalität und lieferten politische Rechtfertigungen. Die einen schüchtern ein, die anderen reden die Gewalt klein. So überschreitet die Repression Grenzen, und ihre Verharmlosung wird gesellschaftsfähig.

Die Quds-Einheit 840 und der Geheimdienst MOIS steuern Mordoperationen gegen Regimekritiker im Ausland, während kriminelle Netzwerke als ausführende Stellvertreter dienen. Teheran verfügt über ein grenzüberschreitendes militärisches Netzwerk, das auf Einsatzbefehle auch in Europa wartet: Dazu zählen Kataib Hezbollah, Asaib Ahl al-Haq und Harakat al-Nujaba im Irak, die libanesische Hisbollah, Hamas, sowie die aus afghanischen Kämpfern gebildete Fatemiyoun-Division, die in Syrien eingesetzt wurde. Diese Gruppen stehen für Irans militärische Machtausübung über Grenzen hinweg auch in Europa abrufbereit.

Geradezu harmlos erscheint dann, wenn die Revolutionsgarden ihren cyberterroristischen Kleinkrieg auch ins Netz verlagern, wo ein digitaler Dschihad stattfindet, der Spionage, Sabotage und Einschüchterung über Staatsgrenzen hinweg ermöglicht.

Wahied Wahdat-Hagh

Dauerhafte Adresse des Dokuments:
https://bib-voebb.genios.de/document/CICO__ac75a0d4d91d3cef9e95373de9658de427dfd92e

Alle Rechte vorbehalten: Res Publica Verlags GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Quelle:	cicero.de vom 22.10.2026, 07:44:00
Jahrgang:	2026
Rubrik:	aussenpolitik
Dokumentnummer:	ASV-CICON20261022-EXTCICON_62453436
Publikationsdatum:	22.10.2026